

**Niederschrift
über die 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.06.2021**

Sitzungsort/-zeit: Stadthalle, Katharina-Saal
17:02 Uhr – 17:52 Uhr

stellv. Vorsitzende/r

Evelyn Johannes

CDU-Fraktion

Wilfried Bustro

Jonas Döhring

anwesend ab TOP 7

FFZ-Fraktion

Mario Rudolf

anwesend ab TOP 3

AfD-Fraktion

Dirk Tischmeier

Fraktion Die Linke.

Alfred Schildt

SPD-Fraktion

Philipp Koch

Uwe Krüger

FDP-Fraktion

Steffen Grey

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Bernd Wesenberg

UWZ-Fraktion

Nicole Ifferth

i. V. für Frau Dr. B. Haake

Von der Verwaltung :

Administrator

Anja Behr

Heike Krüger

Michael Lindner

Nico Ruhmer

Thomas Sanftenberg

Protokollantin

Christina Sempert

Nicht anwesend sind:

Vorsitzender

Bürgermeister Andreas Dittmann

FFZ-Fraktion

Regina Frens

UWZ-Fraktion

Dr. Beatrix Haake

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Bürgermeisterin, Frau E. Johannes, eröffnet die 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Sie begrüßt die Anwesenden und gibt zur Kenntnis, dass der Bürgermeister, Herr A. Dittmann, entschuldigt ist. Sie übernimmt stellvertretend den Vorsitz der heutigen 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und weist daraufhin, dass sie gemäß § 50 des Kommunalverfassungsgesetzes kein Stimmrecht besitzt. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Von 11+1 Mitgliedern sind 8 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Einwände einstimmig angenommen.

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Stadtrat M. Rudolf betritt den Sitzungsraum. Die Anwesenheit erhöht sich somit auf 9 Mitglieder.

Anfragen der Einwohner werden nicht vorgetragen. Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.05.2021

Die Niederschrift der 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.05.2021 wird bestätigt.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung für den Ersatz der zentralen speicherprogrammierbaren Steuerung im Erlebnisbad Zerbst BV/0343/2021

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Anfragen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Antrag auf eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 61.743,27 € für die Erneuerung der zentralen speicherprogrammierbaren Steuerung (SPS) im Freibad Zerbst zu.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung für den Anbau einer Fahrzeughalle OFW Jütrichau BV/0350/2021

Der Amtsleiter, Herr N. Ruhmer, erläutert die Beschlussvorlage. Die finanziellen Mittel werden für die Gestaltung der Außenanlagen des Feuerwehrgerätehauses und für die Errichtung einer Mülltonnenabstellfläche benötigt.

Stadtrat U. Krüger erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach der Lieferung des Feuerwehrfahrzeuges.

Der zuständige Sachgebietsleiter und stellvertretende Amtsleiter, Herr T. Sanftenberg, teilt mit, dass frühestens im Herbst 2021 mit der Lieferung zu rechnen ist.

Redaktionelle Information des Fachamtes: Laut Rücksprache mit dem Lieferanten am 15.06.2021, verzögert sich die Lieferzeit aktuell auf November 2022.

Weiterhin erkundigt sich Stadtrat U. Krüger nach der Herstellung der bisherigen Bushaltestelle.

Amtsleiterin, Frau H. Krüger, informiert, dass die Haltestelle in den Mühlsdorfer Weg verlegt und zeitnah wieder hergestellt wird.

Die anschließende Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 7.700,00 € zur Deckung der Mehrauszahlungen für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses der Ortsfeuerwehr Jütrichau.

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Antrag auf überplanmäßige Auszahlung Stadtumbau Ausbau Gartenweg BV/0356/2021

Amtsleiterin, Frau H. Krüger, erläutert den Sachverhalt der Beschlussvorlage.

Baugrunduntersuchungen haben ergeben, dass zwei zusätzliche Kostenfaktoren zu erheblichen Kostensteigerungen führen. 1. Der Boden ist schadstoffbelastet und 2. muss dieser fachgerecht entsorgt werden. Eine Fördermittelerhöhung für den Ausbau wurde vom Landesverwaltungsamt bewilligt. Für die Deckung des Eigenanteils der Stadt Zerbst/Anhalt werden, wie im Sachverhalt erläutert, die Einnahmen aus der Baumaßnahme Karl-Marx-Straße herangezogen.

Stadtrat B. Wesenberg erkundigt sich zur Bedeutung der Bezeichnung "Schadstoffbelastung >Z2" im Sachverhalt und möchte wissen, weshalb der Einbau einer hydraulisch gebundene Decke notwendig ist.

Frau H. Krüger erklärt, dass Z2 eine starke Verunreinigung des Bodens bezeichnet, die eine Gefährdung des Grundwassers darstellt. Diese Feststellung wurde bereits mit der Erstellung des Baugrundgutachtens erfasst. Während der Baumaßnahmen wird eine genaue Analyse des Bauaushubs erfolgen, über deren Art der Entsorgung dann die untere Abfallbehörde des Landkreises ABI eine abschließende Entscheidung treffen wird.

Zur HGT-Schicht erklärt Frau Krüger, dass es sich bei der hydraulisch gebundene Decke um einen zusätzlich tragfähigen Unterbau handelt, der das vorhandene Erdreich stabilisiert.

Stadtrat B. Wesenberg möchte noch wissen, woher die Schadstoffbelastung stammt.

Frau H. Krüger verweist auf die Verwendung eines asphaltähnlichen Belags, verwendet zu DDR-Zeiten.

Stadtrat St. Grey erkundigt sich nach dem Stand der Baumaßnahme.

Frau H. Krüger erläutert, dass vorerst die Aufträge für die Planung und das Gutachten ausgelöst wurden. Weitere Maßnahmen sind von dem noch ausstehenden Stadtratsbeschluss über die Bewilligung der finanziellen Mittel abhängig. Anschließend können erst weitere Ausschreibungen erfolgen.

Stadtrat St. Grey macht deutlich, dass die Baukosten in Höhe von 600.000 €, aufgrund der Verdopplung sowie der untergeordneten Bedeutung des Weges, zu hoch sind.

Er hält diese Maßnahme für nicht vertretbar und lehnt den Beschlussvorschlag ab.

Frau H. Krüger gibt hier zu bedenken, dass die jährlichen Unterhaltungskosten des Weges 40.000 € betragen.

Stadtrat M. Rudolf erkundigt sich, ob der Bau- und Stadtentwicklungsausschusses über die Mehrkosten in Kenntnis gesetzt wurde.

Im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss erfolgte die Planungsvorstellung mit dem Hinweis auf die Kostensteigerung, informiert Frau H. Krüger.

Stadtrat J. Döhring erscheint zur Sitzung. Die Anwesenheit erhöht sich auf 10 Ausschussmitglieder.

Stadtrat B. Wesenberg hinterfragt die finanzielle Deckung.

Frau H. Krüger erläutert, dass Einnahmen aus der Beteiligung der Medienträger an den allgemeinen Kosten, wie der Baustelleneinrichtung, der Baumaßnahme Karl- Marx-Straße zur Verfügung stehen und zur Deckung des Eigenanteils verwendet werden.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau E. Johannes, verliest den Beschlusstext und lässt den Haupt- und Finanzausschuss über die Weiterleitung der Vorlage an den Stadtrat abstimmen.

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Auszahlung für die Maßnahme: Stadtbau Ausbau Gartenweg in Höhe von 249.700,00 EURO.

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 1

TOP 8 Annahme einer Spende BV/0347/2021

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Anfragen der Ausschussmitglieder.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der Spende in Höhe von 534,83 € zu.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Mitteilungen

In Bezug auf die in der in der letzten Ausschusssitzung gestellte Anfrage unter TOP 7 zur steuerlichen Betrachtung im Bereich der Forstwirtschaft von Stadtrat M. Rudolf, erläutert die Amtsleiterin für Steuern, Frau A. Behr, dass eine Prüfung mittels aktueller Finanzplanung durchgeführt wurde. Diese ergab einen tatsächlichen Vorsteuervorteil von ca. 3.000 €. Es liegen höhere Aufwendungen als Erträge vor. Da sich aber zum jetzigen Zeitpunkt bereits eine Veränderung der Finanzplanung abzeichnet und um eine detailgenaue Berechnung vorlegen zu können, bittet Frau A. Behr um zeitlichen Aufschub der Stellungnahme.

Der Amtsleiter für zentrale Dienste, Herr N. Ruhmer, berichtet zum aktuellen Sachstand der Baumaßnahme "Frauenkloster", beginnend mit der Mitteilung, dass die veranschlagten finanziellen Mittel nicht ausreichen werden. Um bis September 2021 an der Fertigstellung festhalten zu können, wird eine Mittelbereitstellung, in Form der überplanmäßigen Auszahlung, in Höhe von 220.000 €, unabwendbar. In der Sitzung am 23.06.2021 soll der Stadtrat über die Beschlussfassung befinden. Der Planer, Herr T. Feldmann, wird zur Sitzung anwesend sein und für Anfragen zur Verfügung stehen.

Die Mehrkosten ergeben sich

- durch umfangreichere Schäden am Estrich (50.000 €),
- durch die Erweiterung der Räumlichkeiten, welche Mehrleistungen bei der Elektroinstallation und beim Trockenbau verursachen,
- durch Vorgaben der Versicherung im Bereich der Einbruchmeldeanlage und Sicherheitstechnik (50.000 €) sowie
- durch finanziell höher ausfallende Ausschreibungen, bedingt durch die aktuell stark steigenden Baupreise (120.000 €).

Für die Lose Maler-, Treppengeländer- und Fußbodenarbeiten stehen die Vergaben noch aus.

Stadtrat A. Schildt erkundigt sich nach der finanziellen Deckung.

Herr N. Ruhmer erläutert, dass die Mittel durch Haushaltsreste zur Verfügung bereitgestellt werden. Konkret handelt es sich um den Eigenanteil, der für die Sanierung der Friedensallee vorgesehen war, welche nach aktuellem Informationsstand des Landkreises ABI, nicht eingeplant und realisiert wird.

Stadtrat M. Rudolf möchte in Erfahrung bringen, ob weitere zusätzliche Fördermöglichkeiten gegeben sind.

Herr N. Ruhmer erklärt, dass die Förderung über das Programm Stark V erfolgt und eine Erhöhung, aufgrund des festen Förderbudgets, nicht möglich ist.

Stadtrat D. Tischmeier erfragt den prozentualen Kostenanstieg gegenüber der Planung und dem aktuellem Kostenstand.

Für die Maßnahme wurden 2,13 Millionen Euro geplant, aktuell liegen die Gesamtkosten bei 2,63 Millionen Euro und dies entspricht im Zeitraum von 2016 bis 2021 einer Steigerung von ca. 23%, beantwortet Herr N. Ruhmer.

Abschließend ergänzt Frau E. Johannes, dass die Beschlussvorlage der ÜPL für die Stadtratssitzung detailliert vorbereitet wird. Sie verweist noch einmal auf die Erforderlichkeit der Maßnahme und macht deutlich, dass der Ausbau der Friedensallee auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Diese Baumaßnahme ist aktuell nicht im Finanzplan des Landkreises ABI vorgesehen.

Schlussfolgernd ist die Fortschreibung des Haushaltsrestes, aus haushaltsrechtlicher Sicht, zukünftig nicht mehr vertretbar. Dem Stadtrat obliegt nunmehr die Entscheidung über die Inanspruchnahme eines HH-Restes oder über die Beschlussfassung eines Nachtragshaushaltes, der einen termingerechten Abschluss der Baumaßnahme verbindlich ausschließen würde.

TOP 10 Anfragen, Anträge und Anregungen

Stadtrat U. Krüger bittet um erneute Überprüfung der Einhaltung der Parkregeln im Bereich Fr.-Naumann-Straße vor dem Seniorenwohnheim. Die dort abgestellten Fahrzeuge überschreiten die Begrenzungslinie und behindern somit den Radverkehr.
Eine Kontrolle durch das Ordnungsamt wird zugesichert.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 17:35 Uhr.

Evelyn Johannes
stellv. Bürgermeisterin
und stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Christina Sempert
Schriftführer/in

Im Original unterschrieben.